

Notunterkünfte und Heime für Obdachlose fehlen

Zu viele verzichten auf Wohngeld, obwohl sie Anspruch darauf haben

Beeskow. Etwa 50 000 Mark fehlen in der Kasse der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Beeskow. Entstanden ist dieses Finanzloch durch Mietschulden. Es gibt etwa ein Dutzend Leute in kommunalen Wohnungen, die ihre Miete nicht zahlen. Und das in einigen Fällen über ein halbes bis fast ein ganzes Jahr.

Gegen sie will die Gesellschaft künftig härter vorgehen. Wer seine Miete über zwei Monate nicht zahlt, wird zunächst gemahnt und kann, falls er hartnäckig die Zahlungen verweigert, zwangsgeräumt werden. Dazu muß der Eigentümer der Wohnung allerdings bei Gericht einen Räumungstitel erwirken.

Zwangsgeräumt, so Gerfred Baller, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft, wurde durch sein Unterneh-

men noch keiner. Wohl aber sind Räumungen angedroht worden. Doch deren Vollstreckung steht zur Zeit vor allem eines entgegen: Die Stadt kann für Zwangsgeräumte keine Notunterkünfte - meist schlechte, kleine Wohnungen - stellen. Dazu ist sie aber per Sozialgesetzgebung verpflichtet. Gegenwärtig sucht man nach solchen Unterkünften in der Stadt. Auch Obdachlosenheime fehlen im Kreis.

Fehlende Ausweichwohnungen sind auch der Grund, warum das Storkower Wohnungsbau- und Verwaltungsunternehmen gegen seine Mietschuldner nicht vorgehen kann. „In Städten mit großer Wohnungsnot, wie bei uns, darf nicht geräumt werden“, so Beate Blocksdorf, die Geschäftsführerin. Allerdings seien Mietschuldner in Storkow die Aus-

nahme. „Ansonsten zahlen unsere Mieter pünktlich.“ Mietschuldner, so schätzt sie ein, seien weniger Leute, die aus Not nicht zahlen können, sondern die nicht zahlen wollen. In sozialen Härtefällen gibt es Hilfe: Dann kann das Sozialamt die Miete übernehmen. Außerdem, da stimmen Gerfred Baller und Beate Blocksberg überein, geraten viele, vor allem ältere Leute, in Schwierigkeiten mit der Miete, weil sie kein Wohngeld beantragen, obwohl sie Anspruch darauf haben. Keine Schwierigkeiten mit Mietschuldnern hat dagegen die Stadt Lieberose. Nach Auskunft der Stadtkämmernerin Margrit Irmner gibt es zwar Leute, die mit ihrer Miete über zwei bis drei Monate im Rückstand sind. Doch die würden nach der ersten Mahnung zahlen. I. MATTHES